

Steuererhöhungen sind unvermeidlich – auf die gerechte Ausgestaltung kommt es an!

Prof. Dr. Achim Truger

Universität Duisburg-Essen und Mitglied des Sachverständigenrates

Impuls auf der Veranstaltung „Schuldenbremse, Sondervermögen ... und Steuerpolitik? Wie können Zukunftsinvestitionen und Daseinsvorsorge solide und gerecht finanziert werden?“

Arbeitnehmerkammer Bremen

17. Februar 2026

Übersicht

- Einleitung: Viele Gründe über die Steuer- und Abgabepolitik zu sprechen
- warum Steuererhöhungen unvermeidlich sein werden
- warum es auf eine sozial gerechte Ausgestaltung ankommt
- zu den steuerpolitischen Perspektiven und zur aktuellen Debatte

Viele Gründe über Steuerpolitik zu sprechen...

↘ strukturelle Probleme des bestehenden Systems?

- Komplexität
- wachstums- und beschäftigungspolitisch kontraproduktive (Anreiz-)Effekte?
- ökologisch kontraproduktive Anreizeffekte
- Schieflagen bei Steuer- und Verteilungsgerechtigkeit

↘ aus fiskalischen Gründen:

- große Finanzierungslücken bei dauerhaft gestiegenen Ausgabenbedarfen
- auslaufendes Sondervermögen und nicht-nachhaltige Bereichsausnahme

➔ Es braucht Steuererhöhungen, die den strukturellen Problemen Rechnung tragen!

Übersicht

- Einleitung: Viele Gründe über die Steuer- und Abgabepolitik zu sprechen
- warum Steuererhöhungen unvermeidlich sein werden
- warum es auf eine sozial gerechte Ausgestaltung ankommt
- zu den steuerpolitischen Perspektiven und zur aktuellen Debatte

Warum Steuererhöhungen unvermeidlich sein werden

Beim Bund:

- Haushaltslücke aktuell wohl bei 10 Mrd. 2027, 55 Mrd. 2028 und 65 Mrd. 2029 (in Summe 130 Mrd.)?
- ab 2028 kommen Steuerausfälle aus den Körperschaftsteuersenkungen hinzu (gut 2,5 Mrd. pro Jahr, nach 5 Jahren ca. 14 Mrd. pro Jahr)
- Bereichsausnahme Verteidigung muss ab 2029 schrittweise zurückgefahren werden (Volumen 2029: 125 Mrd. Euro)
- Wachstum als Lösung? Das BIP müsste bis 2030 pi mal Daumen um $4 / 0,2 = 20\%$ zusätzlich zulegen, um 200 Mrd. für den Bund allein über Wachstum hereinzukonsolidieren

Warum Steuererhöhungen unvermeidlich sein werden

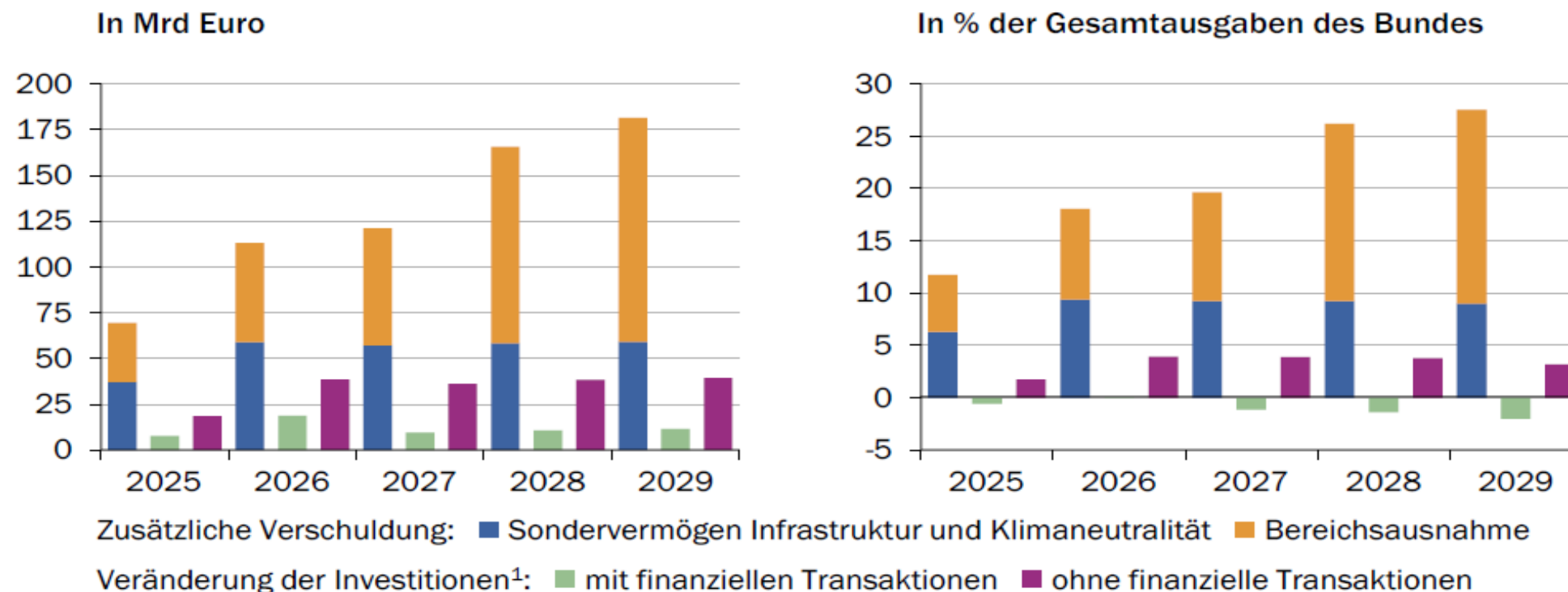
beim Bund:

- Wachstum als Lösung? Das BIP müsste innerhalb von 10 Jahren einmal Daumen um $4 / 0,2 = 20\%$ zusätzlich zulegen, um 200 Mrd. für den Bund allein über Wachstum hereinzukonsolidieren
- Ausgabenkürzungen allein vom Volumen her begrenzt: 2029 600 Mrd. davon aber 60 Mrd. Zinsen und 160 Mrd. Verteidigung, d.h. Restvolumen nur < 400 Mrd., soll man da 200 Mrd. reinkürzen?
- Restunsicherheit: Vermutlich ist die Lücke kleiner (Zinsen überschätzt, Puffer) und bei der Bereichsausnahme wird man sich wohl Zeit nehmen, aber perspektivisch gibt es für 2028 bis 2029 große ungelöste Konsolidierungsbedarfe allein beim Bund von 25 bis 40 Mrd. Euro.

Notiz: Kredite aus Bereichsausnahme Verteidigung dominieren Finanzpaket!

▸ ABBILDUNG 43

Zusätzliche Verschuldung und zusätzliche öffentliche Investitionen des Bundes
Im Vergleich zu Planungen der Vorgängerregierung für das Jahr 2025



1 – Summe aus Kernhaushalt, KTF und SVIK.

Quellen: Bundesregierung (2024, 2025a), eigene Berechnungen

© Sachverständigenrat | 25-274-01

Warum Steuererhöhungen unvermeidlich sein werden

Bei Ländern, Kommunen und Sozialversicherung:

- viele Länderhaushalte stehen vor großen Problemen, Kürzungspolitik ist eingeleitet, neue Herausforderungen wie Transformation kaum adressiert
- Kommunalhaushalte saufen mit riesigen Defiziten seit 2023 komplett ab, kommunale Infrastruktur und öffentliche Daseinsvorsorge drohen massiv zu leiden, mit vorhersehbaren ökonomischen, sozialen und politischen Folgen
- Sozialversicherung: Riesenlücke bei der Finanzierung versicherungsfremder Leistungen. Allein bei der GKV sind vermutlich 10 bis 20 Mrd. Unterfinanzierung.

Übersicht

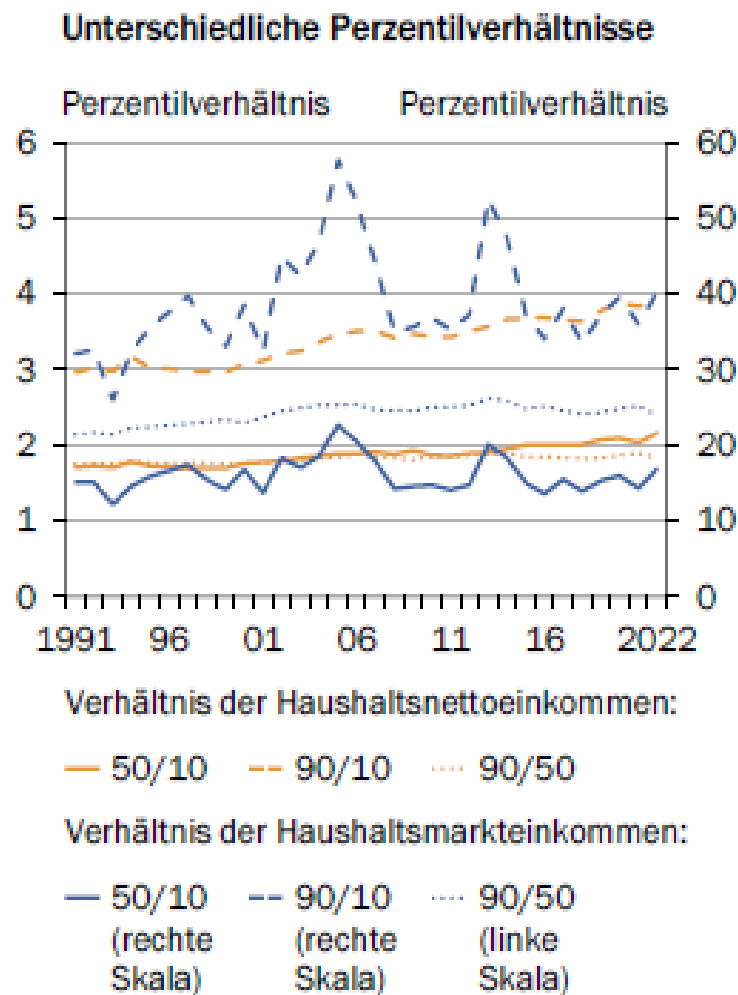
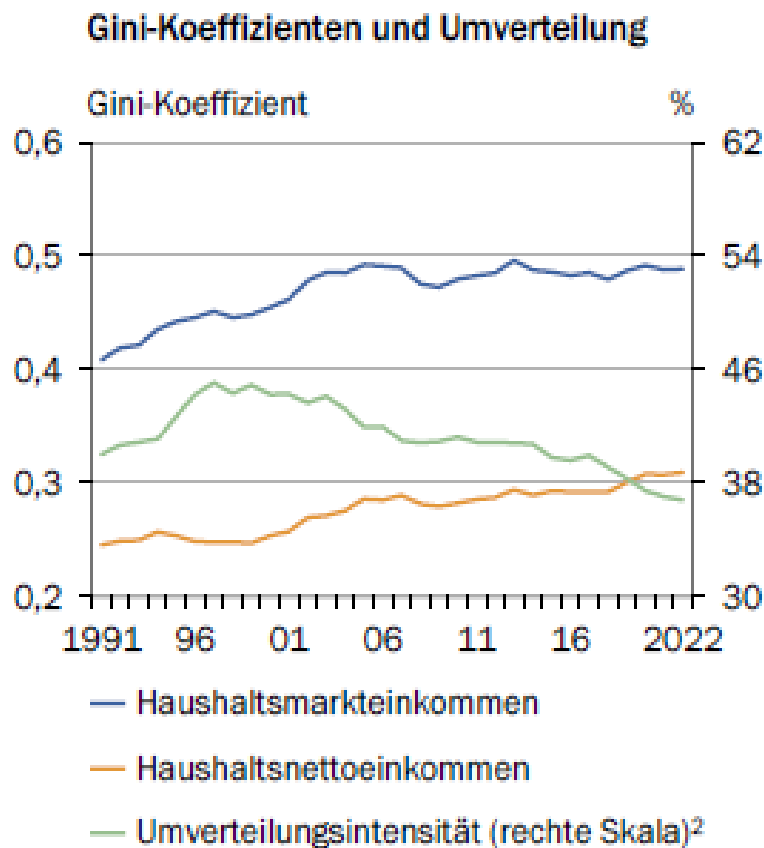
- Einleitung: Viele Gründe über die Steuer- und Abgabenpolitik zu sprechen
- warum Steuererhöhungen unvermeidlich sein werden
- warum es auf eine sozial gerechte Ausgestaltung ankommt
- zu den steuerpolitischen Perspektiven und zur aktuellen Debatte

Warum es auf eine sozial gerechte Ausgestaltung ankommt

- Einkommens- und Vermögensungleichheit anhaltend hoch
- Steuerpolitik der vergangenen Jahrzehnte hat hohe und höchste Einkommen zu Lasten unterer und mittlerer Einkommen bevorzugt
- aktuelle Haushaltslücke wesentlich durch Krisenlasten der Vergangenheit bedingt
- konkret in der aktuellen „Zeitenwende“ kommt es auf solidarische Finanzierung und Zusammenhalt an

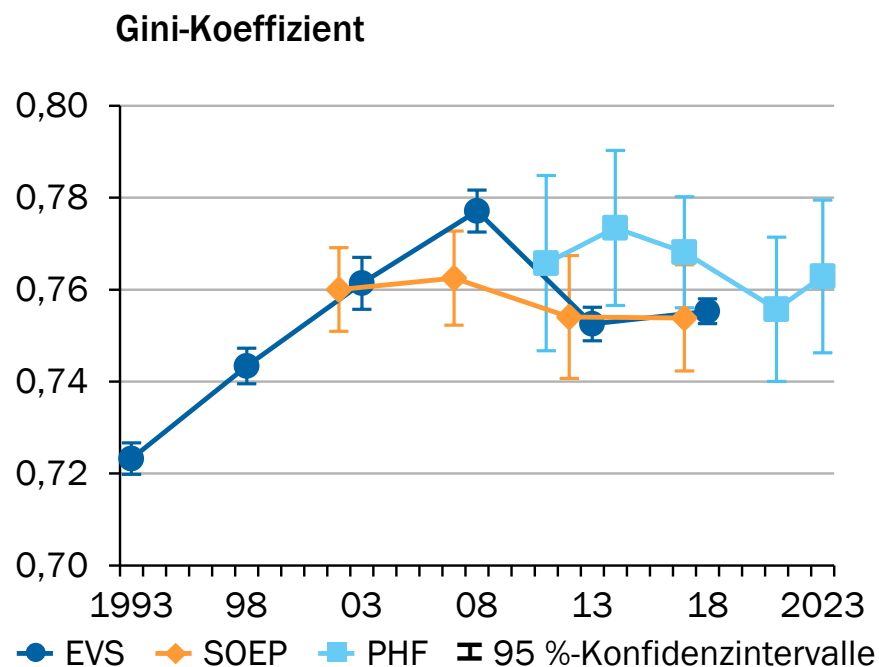
Einkommensungleichheit in Deutschland anhaltend hoch

➤ ABBILDUNG 86
Entwicklung der Einkommensverteilung¹



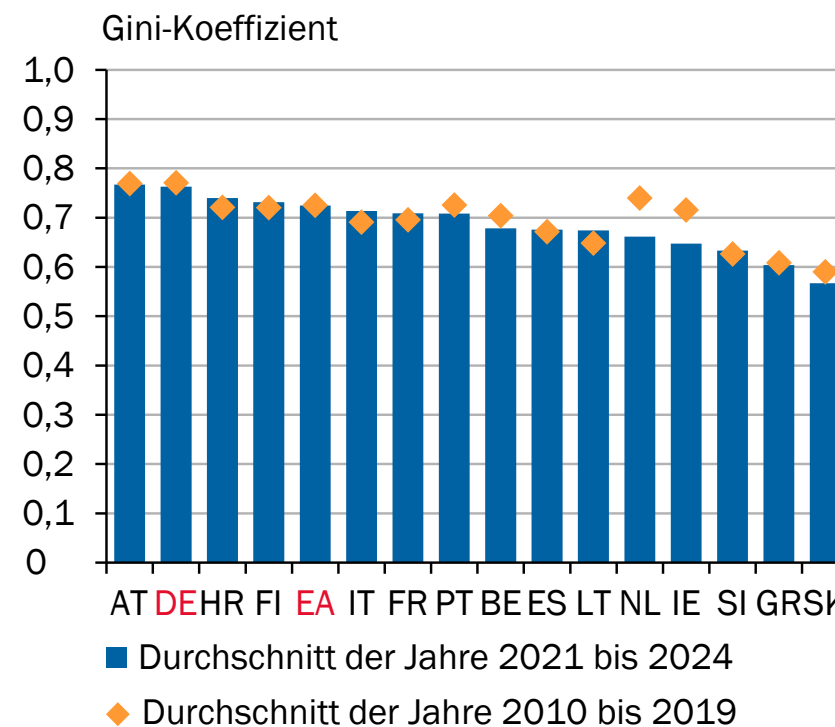
Vermögensungleichheit in Deutschland anhaltend hoch

Vermögensungleichheit ist hoch, zuletzt stabil



Quellen: Albers et al. (2024), Deutsche Bundesbank (2025b), SOEP v40, eigene Berechnungen
© Sachverständigenrat | 25-168-01

Vermögensungleichheit im europäischen Vergleich hoch



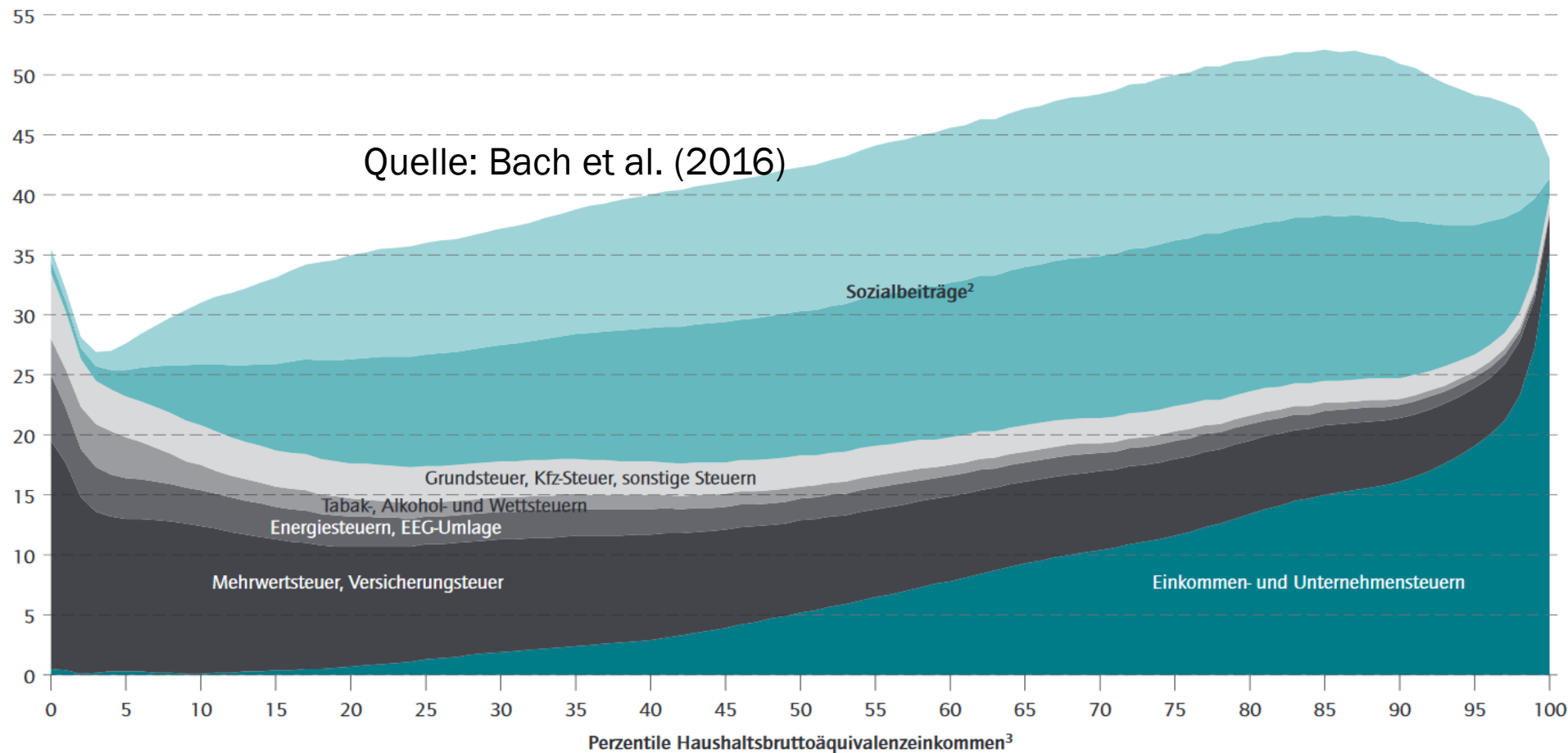
Quellen: EZB, eigene Berechnungen
© Sachverständigenrat | 25-196-01

Wal in der Wanne...

Abbildung 1

Steuern und Sozialbeiträge in Prozent des Haushaltsbruttoeinkommens 2015¹

Integrierte Datenbasis SOEP und EVS sowie Einkommensteuerstatistik



¹ Werte polynomisch geglättet.

² Hältige Aufteilung der Sozialbeiträge.

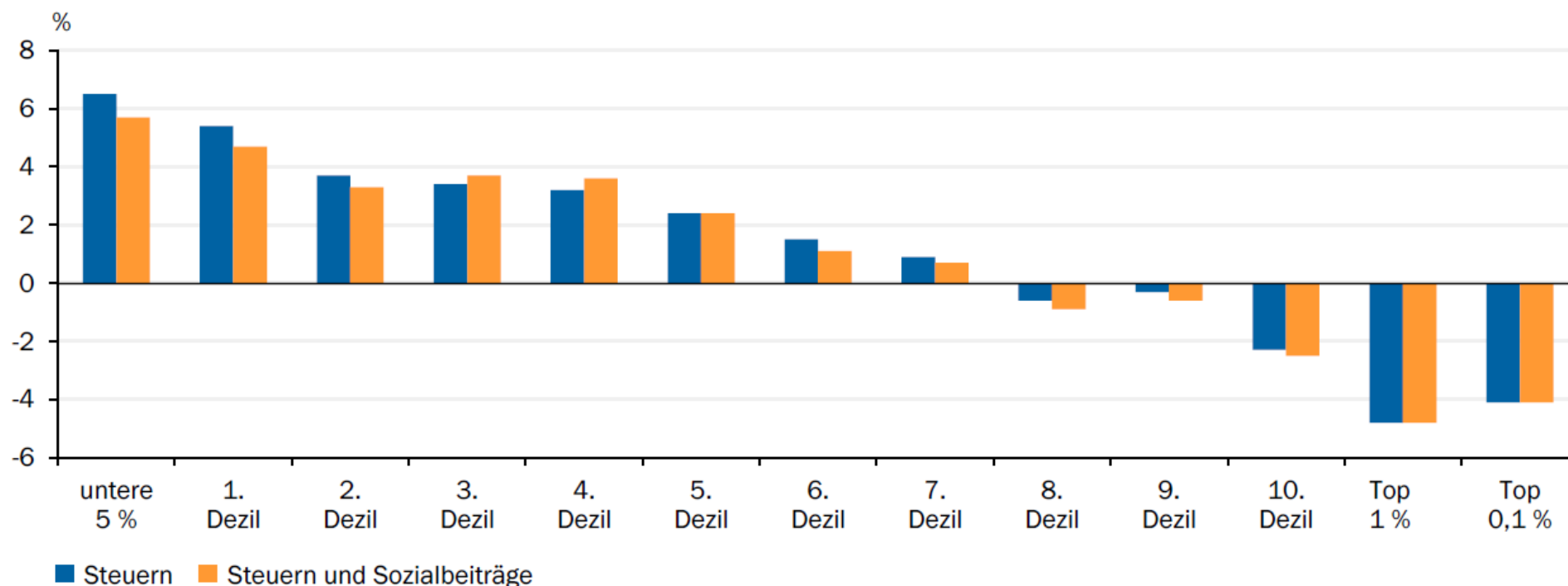
³ Äquivalenzgewicht mit der neuen OECD-Skala.

Quelle: Integrierte Datenbasis SOEP und EVS sowie Einkommensteuerstatistik, fortgeschrieben auf 2015.

Steuer- und Verteilungsgerechtigkeit erheblich geschwächt

▸ ABBILDUNG 107

Veränderung der gesamten Steuer- und Sozialbeitragsbelastung 2015 gegenüber 1998 in Relation zum Haushaltsbruttoäquivalenzeinkommen



Quelle: Bach et al. (2016)

© Sachverständigenrat | 19-397

Daten zur Abbildung

Übersicht

- Einleitung: Viele Gründe über die Steuer- und Abgabenpolitik zu sprechen
- warum Steuererhöhungen unvermeidlich sein werden
- warum es auf eine sozial gerechte Ausgestaltung ankommt
- zu den steuerpolitischen Perspektiven und zur aktuellen Debatte

Bund:

- Reform der Schuldenbremse: Abbau der Bereichsausnahme im Tausch gegen massiv höhere Spielräume zur Konjunkturstabilisierung und für Investitionen
- Vermögensabgabe
- Krisen-Solidaritätszuschlag
- Abbau ökologisch kontraproduktiver Steuervergünstigungen (z.B. Dieselprivileg)

Bund / Länder / Kommunen

- Abbau ökologisch kontraproduktiver Steuervergünstigungen
- Einkommensteuer-ERHÖHUNG!
- Bekämpfung von Steuerhinterziehung sowie -verlagerung
- Reform des Ehegattensplittings, Einschränkung Mini-Jobs
- Reform des Steuer-Transfersystems für höhere Leistungsanreize + niedrigerer Armutsrisikoquote

Länder

- Reform der Schuldenbremse für massiv höhere Spielräume zur Konjunkturstabilisierung und für Investitionen
- Milliardärssteuer / Vermögensteuer
- progressive Erbschaftsteuerreform (da gibt es viel dazu zu sagen!)

Dramatische Finanzlage der Kommunen!

Finanzierungsdefizit / -überschuss des Staates in Milliarden Euro

	2022	2023	2024	2025
Insgesamt	-76,138	-105,249	-115,295	-107,420
Bund	-111,159	-92,720	-60,916	-65,135
Länder	19,417	-7,789	-21,599	-9,979
Gemeinden	6,823	-13,535	-20,956	-31,120
Sozialversicherungen	8,781	8,795	-11,824	-1,186
Finanzierungssaldo des Staates in % des nominalen BIP	-1,9	-2,5	-2,7	-2,4

Quelle: destatis

Ursachen der kommunalen Finanzkrise (aktuell)

- Wirtschaftskrise schwächt die Einnahmen...
- ... und erhöht die Ausgaben (Sozialausgaben, (auch) für Geflüchtete, Inflation führte zu (Lohn-)Kostensteigerungen)
- Sondervermögen hilft nur punktuell und schwach, zudem sehr uneinheitlich
- Immerhin: Steuerausfälle des Investitionsboosters werden kompensiert.

Ursachen der kommunalen Finanzkrise (strukturell)

- mangelnde Konnexität: Bund und Länder veranlassen Ausgaben, zahlen aber nicht ausreichend
- teilweise hohe Altschulden schränken Spielräume ein
- Steuersenkungen zur Wachstumssteigerung schwächen häufig die kommunalen Einnahmen.
- Gewerbesteuer extrem schwankungsanfällig und unzuverlässig
- Gewerbesteuer total ungleich verteilt und Ursache für auseinanderdriftende Finanzlage der Kommunen
- Finanzschwächere Länder können Kommunen weniger stark unterstützen
- ➔ Viele wirtschafts- und finanzschwache Kommunen in Teufelskreis
- ➔ Viele wirtschafts- und finanzstarke Kommunen in Tugendkreis

Nicht bedarfsgerechte Verteilung der kommunalen Steuereinnahmen – ein Uralt-Thema

- mit diesem Kommunalfinanzsystem kann man die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse und die öffentliche Daseinsvorsorge nicht gewährleisten
- der Versuch, es trotzdem zu tun, führt über Steuerwettbewerb zur Verschärfung des Problems und / oder Liquiditätskreditkrisen
- gelegentliche Hilfsaktionen des Bundes (z.B. Schulbau, auch Sondervermögen) lösen das Problem nicht und schaffen schlimmstenfalls neue Disparitäten

Aktuell erneutes Greifen der „Mechanismen“

- wieder Einmaleffekt: 100 Mrd. aus dem Sondervermögen Infrastruktur für Länder und Kommunen
- Trotz vorübergehender Kompensation werden Steuersenkungen ab 2028 die Kommunen schwächen
- wieder keine „Strukturreform“ zur dauerhaften Ertüchtigung der Kommunen

Kommunen

- Konnexitätsprinzip verwirklichen!
- Nebenwirkungen bundespolitischer Steueränderungen besser kompensieren
- Systematische Kommunalfinanzreform / zumindest Stärkung der Kommunalfinanzen zugunsten finanzschwächerer Kommunen
- (Entschuldungsprogramm)

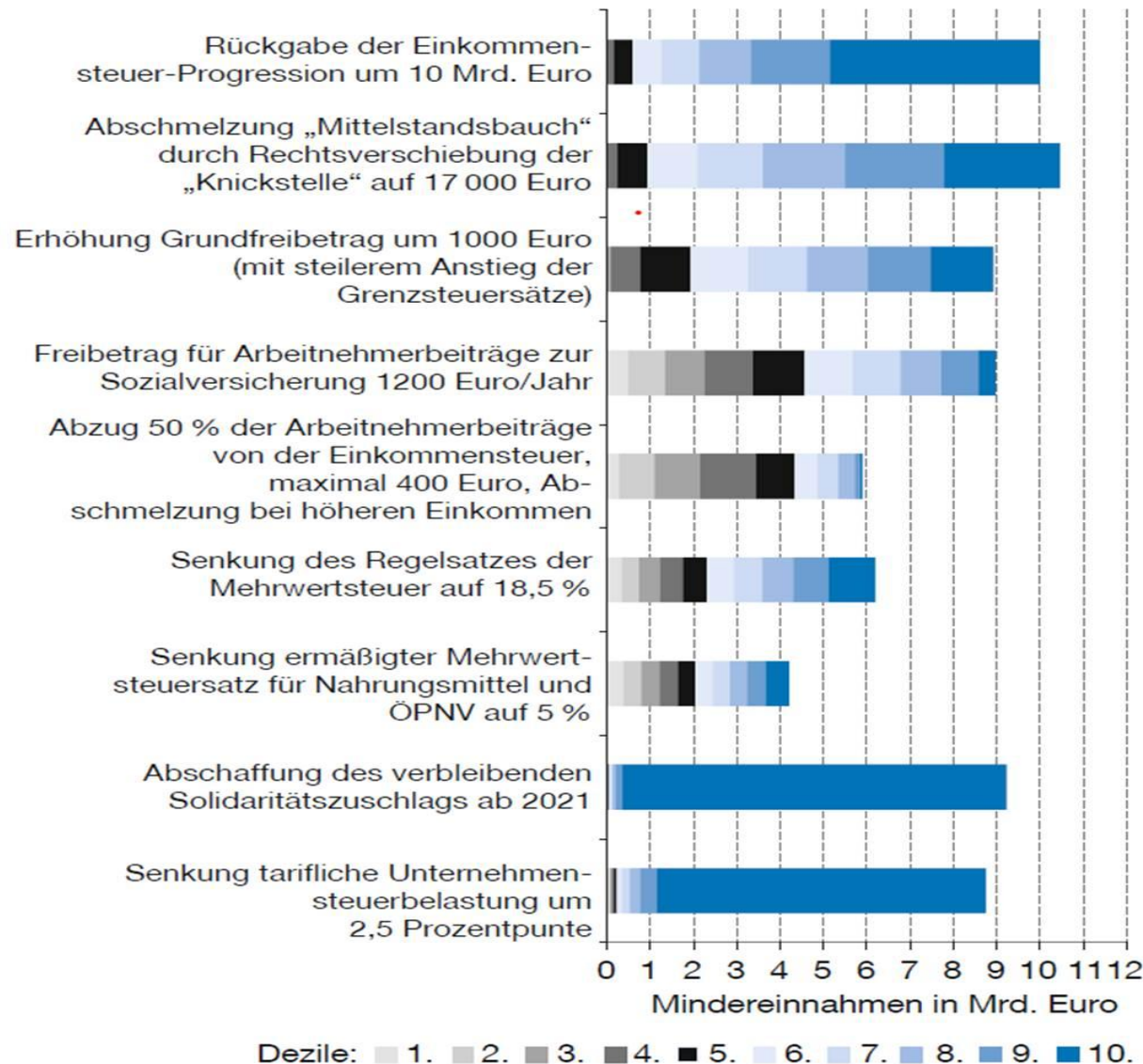
Zur aktuellen Debatte in der Koalition

- Schieflage: Steuererhöhungsbedarf wird (noch) geleugnet
- stattdessen Wettbewerb um Steuersenkungen (!) bei der Lohn- und Einkommensteuer
- selbst SPD nur für kosmetische Erhöhungen beim Spitzensteuersatz als (teilweise!) Gegenfinanzierung für Steuersenkungen!
- Union gegen Erbschaftsteuerreform + selbst Spitzensteuersatz
- das läuft auf Ringen um harte Kürzungen mit dem Resultat einer Mehrwertsteuererhöhung hinaus (die Debatte ist heute von Marcel Fratzscher eröffnet worden)
- das wäre sozial und politisch schlimm

VERTEILUNGSWIRKUNGEN VON STEUERLICHEN MAßNAHMEN

Entlastungswirkungen von Steuer- und Abgabenreformen 2020

Nach Dezilen des bedarfsgewichteten Bruttoeinkommens in Mrd. Euro



Quelle: Bach (2020)

VIELEN DANK FÜR IHRE AUFMERKSAMKEIT.



Besuchen Sie uns im Internet unter:
www.sachverständigenrat-wirtschaft.de

Und folgen Sie uns bei Twitter
[SVR_Wirtschaft](https://twitter.com/SVR_Wirtschaft)